

## Volksbegehren gehen Landwirten zu weit

Bäuerinnen und Bauern in Obwalden und Nidwalden setzen sich gemeinsam gegen die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative ein.

**Martin Uebelhart**

Am 13. Juni befindet das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung und die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide». Den meisten Bäuerinnen und Bauern gehen diese Volksbegehren zu weit – auch in Nidwalden und Obwalden.

Auf dem Hof von Monika und Simon Niederberger in Alpnach stellten sie gestern ihre Argumente gegen die beiden Initiativen vor. Die Trinkwasser-Initiative habe mit dem Trinkwasser nicht viel zu tun, sagte Monika Lussi-Vogler, die Präsidentin des Nidwaldner Bäuerinnenverbands. Sie ziele ausschliesslich auf die Bedingungen ab, unter denen ein landwirtschaftlicher Betrieb Direktzahlungen erhält. «Wir Bauern sind die Letzten, die schlechtes Wasser brauchen können», sagte Monika Lussi. Die Initiative berge die Gefahr, dass gewisse Betriebe auf die Direktzahlungen verzichten und aus dem ökologischen Leistungsnachweis ausstiegen.

Bei der Pestizid-Initiative seien die Auswirkungen auf

Nidwalden und Obwalden vielleicht nicht auf den ersten Blick zu erkennen. Unter die Pestizide fielen Pflanzenschutzmittel und Biozide, hielt sie fest. Letztere würden zum Schutz von Mensch und Tier in der Landwirtschaft, aber auch im privaten Bereich verwendet. «Viele Reinigungs- und Desinfektionsmittel, welche in der Coronazeit nicht mehr wegzudenken sind, gehören zu den Bioziden», sagte sie.

### Pestizidgesetz macht konkrete Vorgaben

Der Obwaldner Ständerat Erich Ettlins widersprach dem Vorwurf, die Politik würde in den Bereichen, auf welche die Volksinitiativen abzielen, nicht handeln. Er zeigte auf, dass gestützt auf eine parlamentarische Initiative ein Pestizidgesetz auf den Weg gebracht und vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt worden sei. «Im Gegensatz zu den extremen Initiativen enthält das Pestizidgesetz konkrete Vorgaben und Ziele, die für die Landwirtschaft durchaus schmerzhaft sind», führte Ettlins aus. In dem Gesetz stehe, dass keine Pflanzenschutzmittel zugelassen werden dürften, die

«Wir Bauern sind die letzten, die schlechtes Wasser brauchen können.»



**Monika Lussi-Vogler**  
Präsidentin Bäuerinnenverband Nidwalden

Nebenwirkungen für die Gesundheit der Menschen und Tiere und für die Umwelt hätten. Weiter halte es fest, dass die Qualität des Trinkwassers der Oberflächengewässer und des Grundwassers verbessert werden müsse. «Damit ist alles gesagt und auch umgesetzt, was die beiden Initiativen wollen», konstatierte er.

«Die Trinkwasserinitiative würde für unseren Betrieb bedeuten, dass wir die Mastpoulets aufgeben müssten.»



**Simon Niederberger**  
Präsident Bauernverband Obwalden

Sepp Odermatt, Präsident des Nidwaldner Bauernverbandes, zeigte auf, dass sich ein Ja zu den Volksbegehren auf zahlreiche Bereiche auswirken würde: die Tierhaltung, den Futteranbau oder den Obstbau. Negative Folgen befürchtete er auch für die Alpwirtschaft. Mit weniger Tieren werde diese uninteressanter, die Alpen würden nicht genü-

gend oder gar nicht mehr bestossen.

### Nebenerwerb heisst mehr Belastung für die Betriebe

Gastgeber Simon Niederberger betreibt seinen Hof nach einer zweijährigen Umstellung seit 2019 als Biobetrieb. Der Hof – mit 27 Hektaren überdurchschnittlich gross für Obwalden – umfasst Flächen von der Talzone bis in die Bergzone 3. Er hält Milchkühe und Mutterschafe, auf dem Hof stehen über 80 Hochstammbäume. Für die Migros-Tochter Micarna zieht er 2000 Mastpoulets gross. «Die Trinkwasser-Initiative würde für unseren Betrieb bedeuten, dass wir die Mastpoulets aufgeben müssten», zeigte er sich überzeugt. Das Futter für die Hühner könnten sie nicht selber produzieren und auch der Futtermittelhersteller sei auf einen gewissen Anteil an Importen angewiesen. «Mit dem Wegfall dieses Betriebszweigs müssten wir uns Gedanken machen, wie wir das fehlende Einkommen erwirtschaften könnten», sagte Niederberger, der auch Präsident des Obwaldner Bauernverbandes ist. Ein zusätzlicher Nebenerwerb würde eine zu-

sätzliche Arbeitsbelastung bedeuten. Und diese Belastung sei auf vielen Betrieben bereits hoch.

Das unterstrich Petra Rohrer Stimming, Co-Präsidentin der Obwaldner Landfrauen und CVP-Kantonsrätin. Mit Blick auf die bäuerliche Beratungs- und Vermittlungsstelle bereite ihr die Annahme der Initiativen Sorgen. Seit dem Start im Jahr 2019 hätten sich die Beratungsstunden schon mehr als verdoppelt. Hilfesuchende mit einer Überlastung im Alltag durch Betrieb, Nebenerwerb und Familie berichteten, bei externen Stellen vielfach den Rat erhalten zu haben, den Nebenerwerb aufzugeben. Das sei wie eine Faust ins Gesicht: «Die Mehrheit der Betriebe in unserer Region kann nur mit dem Lohn aus dem Nebenerwerb geführt werden.»

Der Nidwaldner Mittel- und Landrat Otmar Odermatt wies gestern darauf hin, dass eine Annahme der beiden Volksbegehren auch KMUs, die in der Lebensmittelproduktion tätig seien, und weitere nachgelagerte Betriebe betrafen. «Hier stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel», hielt er fest.

## Der Flugplatz wird Stück für Stück grüner

Weil der Flugplatz in Buochs nur noch zivil genutzt wird, renaturiert die Genossenkorporation Buochs nun gewisse Flächen.

Flugzeuge starten und landen. Nebenan macht sich ein riesiger Bagger an der Piste zu schaffen. Der Flugplatz wird verkleinert. Denn die Zeiten, als Mirages beim Flugplatz Buochs abhoben und landeten, sind lange vorbei. 2013 hat sich die Armee definitiv zurückgezogen und den Flugplatz auch als «Sleeping Base», also als Notflughafen, abgestossen. Er wird seither nur noch zivil genutzt. Die Korporation Buochs kaufte vom Bund rund 203 000 Quadratmeter Fläche zurück, die nicht mehr für den Flugbetrieb gebraucht wird. Es sind die Redundanzpiste, Rollwege, das Areal auf der Seite Fadenbrücke mit den Flugbaracken und Hangars.

Seit fünf Jahren betreibt die Genossenkorporation Buochs nun ein einzigartiges Renaturierungsprojekt für die nicht mehr benötigte Piste und die Rollwege. Wo bis 2004 Militärflieger abhoben und aufsetzten, entsteht Landwirtschaftsland, das die Korporation an Landwirte verpachtet, wie sie das schon immer beim Wiesland zwischen den Pisten getan hat. Dies ist auch eine Auflage des Bundes, die er beim Verkauf der Flächen an die Korporation gestellt hat.

### Der Humus kommt aus der Nähe

Im Frühling 2016 hat der Bagger seine Arbeit aufgenommen. Seither rückt er mit seiner mächtigen Schaufel dem Asphalt zu Leibe – Meter für Meter. Nach fünf Jahren sind etwa drei Viertel der rund 75 000 Quadratme-



Andreas Keiser, Geschäftsführer der Genossenkorporation Buochs, auf frisch renaturierter Parzelle.

Bild: Pius Amrein (Buochs, 30. April 2021)

ter der zu renaturierenden Fläche geschafft – nicht mehr. Denn mit dem Abbrechen des Pistenbelags ist es nicht getan. Ein Teil des ausgebauten Belags beinhaltet schädliche Verbindungen. Er muss darum in Holland speziell aufbereitet und rezykliert werden. Wenn die Oberfläche freigelegt ist, wird auch noch das darunterliegende Material ausgebagert: Ausbruchmaterial

vom Bürgenberg, das in den 1930er-Jahren für den Bau des damaligen Réduitflugplatzes verwendet wurde.

Auch wenn das Entfernen dieses Überbleibsel aus einer vergangenen Epoche seine Zeit braucht: Den Takt für diese Renaturierungsarbeiten gibt ein anderer Faktor vor. Es ist der Humus, der neben der entfernten Piste auf einem Haufen schon

für den Einbau bereitsteht. Dieser hat einen etwas kürzeren Transportweg hinter sich. «Wir wollten den Humus nicht einfach von irgendwoher herankarren», erklärt Andreas Keiser, Geschäftsführer der Genossenkorporation Buochs, vor Ort. Während für den Untergrund «normale» Erde verwendet wird, kommt für die Oberfläche Humus von Baustellen der eige-

nen Korporation oder von benachbarten Korporationen zum Zug. Diese befinden sich alle in der Nähe.

So stammt ein Teil von den damaligen Baustellen für den Bau des neuen Depots der Feuerwehr Buochs/Ennetbürgen oder des neuen Gebäudes von Getränke Lussi in Oberdorf. Die bisher letzte Lieferung dieser hochwertigen, nährstoffrei-

chen Erde stammt von der Baustelle beim Swissint-Areal in Oberdorf, wo mit dem Ersatzbau Süd ein neues Logistikzentrum für Kanton und Swissint entsteht. «Erst, wenn wir genug Humus beisammen haben, nehmen wir jeweils wieder eine Etappe in Angriff», erklärt Andreas Keiser das Vorgehen. Braune Flächen verraten, wo kürzlich renaturiert wurde. «Bis Ende Sommer unterscheidet sich diese Fläche nicht mehr vom bestehenden Wiesland.»

### Teil der Redundanzpiste bleibt erhalten

Allerdings wird nur die Hälfte der Fläche renaturiert, die für den Flugverkehr nicht mehr benötigt wird. Der Teil der Redundanzpiste in Richtung See bleibt bestehen und kann weiterhin etwa als Autoparkplatz während der «Iheimisch» oder bei anderen Grossanlässen genutzt werden. Auch die Modellfluggruppe darf «ihre» Pistenfläche behalten, um ihre Modellflieger starten und landen zu können.

Mit dem Fortschritt der Arbeiten, welche die Genossenkorporation Buochs auch bei den zu renaturierenden Flächen auf dem Boden der Genossenkorporationen Ennetbürgen und Stans durchführt, ist Andreas Keiser zufrieden. Auch mit den Kosten sei man auf Kurs. Zwischen sechs und sieben Millionen Franken rechnet die Korporation Buochs für jenen Teil, den sie auf ihrem Grundstück renaturiert.

**Matthias Piazza**